

# Initiativkreis Bremer Armutskonferenz (Hrsg.)

## 5. Bremer Armutskonferenz vom 2. März 2023

### Kurzfassung



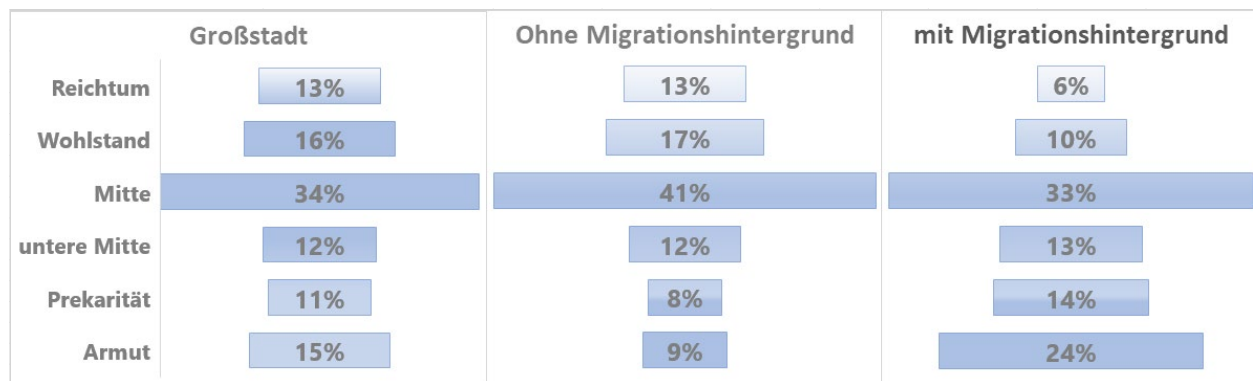
**5. Bremer Armutskonferenz**

**Bremen braucht alle –  
Schwerpunkt  
Migrationsgesellschaft**

**Der Initiativkreis Bremer Armutskonferenz**  
Dazu gehören der Paritätische Bremen, die Arbeitnehmerkammer, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), das Bremer Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ), der Bremer Rat für Integration (BRI), der Bremer Caritasverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), das Diakonische Werk, die GEW, die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit (LVG), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), der Bremer Kinderschutzbund, die Bremer Volkshochschule (VHS) und als Kooperationspartner\*innen die Bremer Quartiersmanager\*innen und der Gesundheitstreffpunkt West.

## Zugewanderte sind selbstverständlicher Teil der Bremer Mittelschicht

Bremen hat das Image einer weltoffenen Stadt, es gibt eine über 60-jährige Tradition und entsprechende Erfahrungen mit der Aufnahme von Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Mittlerweile haben rund 37 Prozent der Bremer:innen eine familiäre Migrationsgeschichte, bei den unter 18-Jährigen sind es über 60 Prozent. In den öffentlichen Debatten um Migration wird jedoch weiterhin oftmals der Fokus auf Armut und Arbeitslosigkeit gesetzt. Doch diese Sichtweise ist verkürzt. Sie blendet nicht nur aus, dass der Großteil der Zuwächse von Beschäftigung in Deutschland und Bremen seit 2015 auf Menschen aus dem Ausland zurückgeht, sondern sie ignoriert auch den Beitrag Zugewanderter zum Wohlstand in diesem Land. So zeigt der 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2021) anschaulich, dass sich eine gut situierte migrantische Mittelschicht herausgebildet hat. Ziemlich genau die Hälfte der Menschen mit internationaler Familiengeschichte gehört in den Großstädten maßgeblich zur „Mitte“, lebt im Wohlstand oder ist reich. Viele von ihnen arbeiten als Fachkräfte in strategisch wichtigen Berufsfeldern oder bekleiden (öffentliche) Führungspositionen. Auch das Qualifikationsniveau der in Deutschland geborenen Angehörigen der sogenannten zweiten und dritten Generation ist gleichwertig.



6. Armuts-, Reichtumsbericht der Bundesregierung (2021), Universität Bremen (socium), Soziale Lagen im Längsschnitt, S. 17

Diese Potentiale sind gerade in den nächsten Jahren unverzichtbar. Es öffnet sich ein (demografisch) einmaliges „Zeitfenster“, das Arbeitsmarkt- und Migrationsexpert:innen als Momentum für Integration<sup>1</sup> bezeichnen. Allein im Land Bremen werden in den kommenden Jahren rund 80.000 Beschäftigte in den Ruhestand gehen und viele ihrer Positionen müssen nachbesetzt werden. Dieser enorme Personalbedarf, der jetzt schon in vielen Branchen und über alle Qualifikationsstufen hinweg besteht, wird auch in Bremen „Chancen für alle“ öffnen. Dafür muss die Bremer Stadtpolitik, gemeinsam mit der Bundespolitik in Berlin und den Unternehmen jetzt zügig die erforderlichen Weichen stellen.

## Mehrheiten für eine Stadtpolitik der Vielfalt und Maßnahmen gegen die Krise der Repräsentation

Wie Karen Schönwälder in ihrem Einführungsvortrag bei der Armutskonferenz aufzeigte, gibt es in den deutschen Großstädten für eine solche vielfältige Stadtpolitik und mehr Teilhabechancen für Zugewanderte durch repräsentative Studien belegte politische Mehrheiten. Doch zeigen Analysen gleichzeitig, dass Zugewanderte in vielen Schlüsselpositionen noch unterrepräsentiert sind. So hatten im Deutschen Bundestag vor 20 Jahren lediglich 20 Abgeordnete einen Migrationshintergrund,

<sup>1</sup> Naika Foroutan (2021), Das Momentum ist da. „Wer, wenn nicht Deutschland mit seinem dualen Bildungssystem, könnte die sogenannten unqualifizierten Arbeitskräfte integrieren? Der Mittelstand schafft es seit Jahrzehnten, aus unmotivierten Pubertierenden innerhalb von drei Jahren Maurer, Tischler, Heizungsbauer und Krankenpfleger:innen zu machen. Sie werden händeringend gesucht. Der SPIEGEL, Nr. 51, S. 52.

mittlerweile sind es zwar 83 von 735 Abgeordneten (11 Prozent), doch die politische Repräsentanz entspricht bei weitem noch nicht dem Bevölkerungsanteil. Auch sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundestagsparteien enorm.

### **Warum es wichtig ist, repräsentiert zu sein – oder wer spricht?**

Karen Schönfelder verwies in ihrem Beitrag zudem darauf, dass es um Glaubwürdigkeit gehe – der Politik insgesamt und auch in politisch engagierten Organisationen bzw. öffentlichen Institutionen. Es sei wichtig, dass dort auch Personen sind, die so sind wie „wir selbst“ und auch so sprechen. Sie sind häufig näher am Alltag „ihrer Leute dran“ und können sich durch kollektive Netzwerke gegenseitig stärken. Gemeinschaftliche Anliegen und Interessen können abgestimmt und in politische Strategien einfließen. Durch eigenständige migrantische Netzwerke und Strukturen in den Organisationen und Institutionen könnten selbstbewusst die spezifischen Interessen eingebracht werden. Gleichzeitig könne von der Stärke der breiter aufgestellten Gesamtorganisation profitiert werden. Dabei handele es sich jedoch um eine heikle Balance. Ob in den deutschen Großstädten eine weitergehende Öffnung der Stadtpolitik und wichtiger Institutionen und Organisationen gelingt, sei derzeit umkämpft.

In der Tradition der nun schon 5. Bremer Armutskonferenz kann der Fokus jedoch weder auf die gut situierte migrantische Mittelschicht, noch auf eine Politik der Vielfalt begrenzt bleiben. Der 6. Armuts- und Reichtumsbericht zeigt gleichzeitig, dass die andere Hälfte der Menschen mit internationaler Familiengeschichte in beschwerlichen Soziallagen lebt. Rund 12 bis 13 Prozent gehören zur „unteren Mitte“ und können angesichts sprunghaft steigender Preise und Mieten kaum noch mit dem als „normal“ geltenden Lebensstandard mithalten. Unter massivem Druck im Alltag stehen vier von zehn Menschen mit internationaler Familiengeschichte, die in prekären oder in Armutslagen leben. Wie immer schauen die Akteur:innen der 5. Bremer Armutskonferenz deshalb vor allem auf die kinderreichen Quartiere mit ihrer hohen Konzentration von prekären und von Armutslagen. Dort leben viele Arme und gering entlohnte Arbeiter:innen<sup>2</sup> mit und ohne internationaler Familiengeschichte.

### **Ausgewählte Handlungsempfehlungen**

Auf Basis der Ergebnisse der 5. Bremer Armutskonferenz ergeben sich folgende ausgewählte Handlungsempfehlungen. Ausführlich sind diese im Konferenzpapier zu finden:

1. Wir begrüßen, dass die Migrationsämter in Bremen und Bremerhaven ihre Verwaltungs- und Rechtspraxis unbürokratischer und zügiger durchführen sollen, ausgerichtet an einer humanitären Migrationspolitik. Ihr Personal muss deutlich aufgestockt, und die Einbürgerungskampagnen müssen ausgeweitet werden.
2. Wir begrüßen ferner, die im Koalitionsvertrag der aktuellen Landesregierung angekündigten Verbesserungen in Bezug auf die Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen und die Planung, das Recht auf Schulbesuch bis zur Altersgrenze von 25 Jahren auszuweiten und so den Weg in die Ausbildung für junge Zugewanderte zu öffnen. Diese Verbesserungen müssen zügig auf den Weg gebracht werden.

---

<sup>2</sup> Viele leben räumlich konzentriert in kinderreichen sogenannten „Ankunftsquartieren“, häufig am Stadtrand. Sie stellen die Mehrzahl der Belegschaften in den Niedriglohnbranchen des Reinigungsgewerbes, der Logistik, der Gastronomie und der Pflege. Vor zehn Jahren noch hatte eine Mehrheit von ihnen die realistische Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg. Das gilt für die Jahre vor der Corona-Krise für zwei Drittel nicht mehr.

3. Nicht allein im öffentlichen Dienst müssen Förderpläne für Menschen mit internationaler Familiengeschichte umgesetzt werden, dafür müssen auch Bremer und Bremerhavener Unternehmen gewonnen werden.
4. Der Landesaktionsplan gegen Rassismus muss partizipativ erarbeitet und zügig umgesetzt werden, ebenso das geplante Landesgesetz für Integration und Partizipation sowie die Landesantidiskriminierungsstelle.
5. Beim weiteren Kitausbau müssen auch aufgrund ihrer wichtigen Integrationsaufgabe die kinderreichen sogenannten Ankunftsquartiere (WiN-Gebiete) im Fokus stehen und durch zusätzliches, mehrsprachiges Personal und systematische Sprachförderung unterstützt werden.
6. Der Initiativkreis Bremer Armutskonferenz fordert weiterhin, die begonnene ressortübergreifende Koordinierung im Rahmen der „Gesamtstrategie Frühe Kindheit“ über das Jahr 2023 hinaus fortzuführen und im nächsten Doppelhaushalt finanziell abzusichern.
7. Im Gesundheitsbereich brauchen viele Zugewanderte mehr Orientierung und Unterstützung sowie passgenaue Angebote. Zur besseren Orientierung im System befürworten wir die Verstetigung der Gesundheitsfachkräfte sowie die Schaffung von niedrigschwelligen integrierten Gesundheitszentren sowie Medizinischen Versorgungszentren. Um Sprachbarrieren zu überwinden, braucht es darüber hinaus einen mehrsprachigen Gesundheitsratgeber sowie kostenfreie Angebote des Telefon- und Videodolmetschens. Ebenfalls müssen Programme zur Sprach- und Kulturmittlung (z. B. Sprinter, HiNet e.V.) ausgeweitet werden und explizit auch auf den Gesundheitsbereich z. B. mittels Qualifizierungsmaßnahmen, ausgerichtet sein.
8. Auch das im Koalitionsvertrag der aktuellen Landesregierung genannte Instrument der sektoralen Bebauungspläne unterstützen wir.

Bremen, November 2023